

näher zu skizzieren, werde ich punktuell auch eine theologische Perspektive einnehmen, etwa dort, wo es um die revolutionäre Idee der jüdisch-christlichen Überlieferung geht, dass der Mensch Ebenbild Gottes ist. In einem weiteren Kapitel werde ich einige Leitideen für eine Politik auf der Grundlage des Christlichen Menschenbildes vorstellen und sodann anhand einer Reihe konkreten politischen Problemfeldern veranschaulichen, wo und wie sich eine solche Politik zeigt. Die folgenden Ausführungen sind dabei von der Überzeugung getragen, dass wir als Menschen zur Freiheit berufen und zum Dienst an unserem Nächsten verpflichtet sind (Brief an die Galater 5,13).

Kapitel 1: Christliches Menschenbild und säkulare Gesellschaft?

Pluralismus – Chance und Herausforderung

In unserer heutigen Zeit für das Christliche Menschenbild als Kompass zu werben, ist keine Selbstverständlichkeit. Das Christentum und mit ihm die Werte, die es anbietet, sind längst eine Option unter vielen. Neben der Vielfalt an religiösen Weltanschauungen ist auch eine zunehmende Säkularisierung unserer Gesellschaft zu beobachten. Derzeit sind etwa 55 Prozent der Deutschen Mitglied einer Kirche, ungefähr 36 Prozent sind – zumindest in formaler Hinsicht – konfessionslos. Eine von der evangelischen und katholischen Kirche geförderte Studie² der Universität Freiburg ergab kürzlich, dass sich bis 2060 die Anzahl der Kirchenmitglieder in Deutschland halbieren wird. Statt der derzeitigen 44,8 Millionen wird es dann etwa 22,7 Millionen Christen in unserem Land geben. Der Hauptgrund hierfür wird darin gesehen, dass es für Eltern immer weniger selbstverständlich ist, ihre Kinder taufen und so in das kirchliche Leben hineinwachsen zu lassen. Neben den christlichen Kirchen ist auch der Islam – als zweitgrößte Religionsgemeinschaft in Deutschland – eine maßgebliche Größe innerhalb der zunehmenden weltanschaulichen Vielfalt Deutschlands. Die Abwendung von institutionellen Formen des Christentums nimmt nicht nur in organisierter Form zu, sondern in einer oft diffusen Prägung, die aber gleichwohl das öffentliche Leben mitbestimmt.

Doch derartige Pluralisierungsprozesse sind nicht nur im Hinblick auf Religionen und Weltanschauungen festzustellen. Vergleichbare Beobachtungen lassen sich auch in Bezug auf andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens machen: Wir können also von einer Pluralisierung der Lebensformen sprechen. Besonders deutlich wird dies bei den Familien: Zur klassischen Kernfamilie aus verheirateten Eltern und ihren leiblichen Kindern treten vielfältige Beziehungs- und Familienkonstellationen hinzu.

Angesichts dieser Vielfalt stellt sich die Frage, welche Relevanz das Christliche Menschenbild überhaupt noch für sich beanspruchen kann. Ist es nicht vielmehr so, dass gerade die gesellschaftliche Pluralisierung und die Abnahme der Zahl von Kirchenmitgliedern als ein Relevanzverlust des Christlichen zu werten ist? Ist es überhaupt noch angemessen, in der säkularen und pluralistischen Gesellschaft, in der wir leben, von einem Christlichen Menschenbild zu sprechen, geschweige denn es als Kompass politischen Handelns ins Gespräch zu bringen? Welche Rolle kann diesem Menschenbild angesichts des Plurals von Weltanschauungen und Lebensformen noch zukommen?

Als überzeugter Christdemokrat will ich das Christliche Menschenbild als Orientierungsangebot einbringen. Meine Überzeugung ist, dass es Orientierung in einer Zeit der Orientierungslosigkeit bieten kann. Zugleich sind die wachsende Vielfalt und die Tatsache, dass das Christentum längst eine Möglichkeit unter vielen geworden ist, nicht unbedingt Anlass zu Pessimismus. Vielmehr bietet die Pluralisierung große Chancen, weil sie zugleich auch eine Demokratisierung mit sich bringen kann. Mit anderen Worten: Angesichts der Vielfalt und der Selbstverständlichkeit, mit der wir diese akzeptieren,

kann niemand – keine Weltanschauung, keine Religion, keine Ideologie – einen Alleinvertretungsanspruch für die Werte und Regeln unserer Gesellschaft beanspruchen. Vielmehr sehen wir uns einem Markt der Weltanschauungen gegenüber, auf dem das „C“ sich nicht (oder jedenfalls nicht mehr) durch Zwang, Konvention, Sitte oder Brauch durchsetzt, sondern durch authentische Überzeugungsarbeit, durch den – wie es Habermas vielfach formuliert hat – zwanglosen Zwang des besseren Argumentes. Gerade angesichts eines Plurals von Optionen kann hier eine bewusste Entscheidung ein Ausdruck echter Freiheit sein – ganz gleich, wie sie ausfallen mag. Auf einem solchen Markt der Weltanschauungen ist es jedermanns Pflicht, seine Grundüberzeugungen deutlich zu machen und sich um einen guten Konsens in gesellschaftlichen und politischen Grundfragen zu bemühen.

Die Gefahr der Selbstvergleichgültigung

Der Fußballclub Real Madrid konnte 2014 die Nationalbank von Abu Dhabi als Sponsor gewinnen. Unaufgefordert entfernte der Verein in der Folge das kleine Kreuz aus dem Logo des Vereins, zumindest auf den Kreditkarten des neuen Sponsors. In diesem Zusammenhang brachte Bischof Wolfgang Huber den Begriff der Selbstvergleichgültigung ins Gespräch.³ Die Entfernung des Kreuzes geschah unaufgefordert. Mit anderen Worten: Real Madrid sprach dem Emirat Abu Dhabi – eigentlich für seine Weltoffenheit bekannt – von vornherein die Toleranz gegenüber einem christlichen Motiv ab. Das eigentliche Problem der Selbstvergleichgültigung besteht freilich nicht darin, wie Fußballvereine ihre Logos gestalten. Dennoch zeigt dieses plakative Beispiel,

was mit Selbstvergleichgültigung gemeint ist: Aus einer offensichtlich überambitionierten und falsch verstandenen Toleranz heraus das eigene, christlich geprägte Profil zu kaschieren, um Konfrontationen zu vermeiden. Doch das Problem einer solchen Selbstvergleichgültigung besteht gerade darin, dass sie dem Gesellschaftsmodell liberaler Demokratien und der Überzeugung entgegengläuft, dass alle Menschen wesentlich gleich sind und gleichermaßen ein Anrecht darauf haben, ihre Kultur und Weltanschauung sichtbar zu machen. Mit den Worten Wolfgang Hubers: *„Selbstvergleichgültigung ist kein Beitrag zur Toleranz. Wo nur Gleichgültigkeit herrscht, wird Toleranz unnötig.“*⁴ Demokratische Ordnungen bilden ja gerade jenen Rahmen, innerhalb dessen eine Vielfalt von Kulturen und weltanschaulichen Positionen nebeneinander und miteinander bestehen kann. Sie ermöglichen darüber hinaus aber auch die Anerkennung und das Aussprechen von echten Differenzen, ohne dass damit bereits schon eine Herabsetzung des Gegenübers ausgesagt ist. Konkret bedeutet dies beispielsweise, dass wir dort, wo wir Konfliktpotenzial zwischen bestimmten Ausprägungen des Islams und unseren im Grundgesetz festgeschriebenen Grundrechten, etwa der Gleichberechtigung von Mann und Frau, befürchten, dieses auch offen ansprechen müssen, ohne dass hier bereits Islamophobie unterstellt werden darf. Sich nicht selbst zu vergleichgültigen bedeutet, dass wir in einer zunehmend pluralistischen Gesellschaft gerade nicht darauf verzichten, unsere Stimme zu erheben und darauf hinzuweisen, dass das Christliche Menschenbild etwas beizusteuern hat: nämlich dass es eine Ressource ist, deren Erhalt im Interesse aller ist und die für aktuelle und zukünftige politische Herausforderungen Orientierung bieten kann. Der wichtigste Beitrag von Christen und denjenigen, die sich einer Politik auf der Grundlage des Christlichen